

BE: SCHARFETTER

Nr.     der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages  
          (5. Session der 16. Gesetzgebungsperiode)

### Antrag

der Abg. Mag. Scharfetter, Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Mag.<sup>a</sup> Jöbstl, Ing. Wallner, KO  
Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und Weitgasser betreffend Greenwashing von Atomstrom

Der Grüne Deal gilt als großer Game-Changer der EU im Kampf gegen den Klimawandel und vereint eine Vielzahl an wichtigen Maßnahmen auf europäischer Ebene. Teil des Grünen Deals ist unter anderem die EU-Taxonomie, wobei es sich um ein Klassifizierungssystem handelt, welches wirtschaftliche Aktivitäten als nachhaltig einstuft. Dadurch sollen Finanzströme verstärkt in umweltfreundliche Technologien gelenkt werden. Seit Jänner 2022 dürfen Investitionen in der EU nicht mehr als klimafreundlich vermarktet werden, sofern sie nicht in der Taxonomie aufgelistet sind.

Dem am 31.12.2021 vorgestellten technischen Kommentierungsentwurf der Taxonomieverordnung zufolge, soll künftig unter anderem Kernenergie als nachhaltige Investition eingestuft werden. Österreich vertritt auf Europäischer Ebene stets eine klare Position gegen Atomkraft und hat sich deshalb auch gegen die Bezeichnung von Kernenergie als „grüne Energie“ ausgesprochen. Umweltministerin Leonore Gewessler hat bereits im September angekündigt, dass Österreich gegen die Europäische Union klagen wird, sofern Atomenergie in die Taxonomieverordnung aufgenommen werde.

Vor den zahlreichen Risiken, die mit Kernenergie verbunden sind, und vor der Entsorgungsproblematik von Atommüll kann man die Augen nicht verschließen. Es wäre nicht nur falsch, Kernenergie als grüne Energie zu bezeichnen, Atomkraft durch Fördermittel weiterhin auszubauen wäre auch höchst unverantwortlich unseren Nachkommen gegenüber, die mit dem von uns zurückgelassenen Atommüll auf der Erde leben müssen. Die Entscheidungsträger von heute müssen die Verantwortung für die zukünftigen Generationen übernehmen und tatsächlich an der Energiewende arbeiten, anstatt sich durch einen Etikettenschwindel einer kurzfristigen Lösung zu bedienen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung darin zu unterstützen, auf EU-Ebene weiterhin geschlossen gegen das „Greenwashing“ von

Atomstrom aufzutreten und alle Mittel auszuschöpfen, um die Auflistung von Nuklearenergie in der EU-Taxonomie zu verhindern.

2. Die Präsidentin des Salzburger Landtags wird aufgefordert, den Beschluss des Salzburger Landtags den österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament und dem österreichischen EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn zur Kenntnis zu bringen und zur Berücksichtigung zu übermitteln.
3. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung an das Hohe Haus zugewiesen.

Salzburg, am 2. Februar 2022

Mag. Scharfetter eh.

Dr.<sup>in</sup> Pallauf eh.

Mag.<sup>a</sup> Jöbstl eh.

Ing. Wallner eh.

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup>. Humer-Vogl eh.

Weitgasser eh.